



September 1944: Unweit der Schweizer Grenze, im Val d'Ossola, errichten Partisanen eine Republik, die viele Errungenschaften des modernen Italien vorwegnimmt, allerdings nur vierzig Tage Bestand hat.

KEYSTONE

Auf der richtigen Seite der Geschichte gekämpft

Schweizer Partisanen im Zweiten Weltkrieg sollen endlich rehabilitiert werden

MATTHIAS VENETZ, BERN

Mehrere hundert Schweizerinnen und Schweizer unterstützten im Zweiten Weltkrieg aktiv den italienischen, vor allem aber den französischen Widerstand gegen das «Dritte Reich». Sie kämpften aus politischer Überzeugung in der Résistance und an der Seite italienischer Partisanen gegen Nazideutschland. Einige auch aus Verbundenheit zu den besetzten Ländern. Viele trieb die Abenteuerlust oder die Perspektivlosigkeit in der Heimat an. Im Ausland machte sie das zu Siegern, in der Schweiz zu Verbrechern.

Wer zurückkehrte, musste sich vor der Militärjustiz verantworten, wegen «Schwächung der Wehrkraft». Das Militärstrafgesetz verbietet Schweizer Bürgern den Kriegsdienst im Ausland bis heute und sieht bei Verstoß entweder Bussen oder mehrjährige Haftstrafen vor. Entsprechend aussichtslos war der Fremdenlegionär Fritz Wüthrich zwei Jahre nach Kriegsende vor der Justiz mit dem Argument, er habe sich mit seinem Kampf gegen das «Dritte Reich» «indirekt auch zum Nutzen der Schweiz betätigt». Knapp achtzig Jahre später rehabilitiert der Nationalrat nun Wüthrich und die übrigen Schweizer Partisanen und Résistance-Kämpfer.

Bundesrat Beat Jans bezeichnete den Entscheid als «ein wichtiges Zeichen zur Anerkennung». Die Rehabilitierung sei aber «keine Kritik an den damaligen Behörden», denn die Urteile seien rechtmässig erfolgt. Tatsächlich hat die Rehabilitierung in erster Linie symbolischen Wert. Ein Recht auf Wiedergutmachung ist nicht vorgesehen. Das Gesetz soll weiter nicht nur für aktive Kämpfer, sondern auch für Personen gelten, die den Widerstand indirekt unterstützt haben. In den kommenden Monaten wird auch der Ständerat darüber beraten.

Die meisten waren arm

Schon vor rund zwanzig Jahren und nach einem Dutzend gescheiterter Versuche rehabilitierte das Parlament Schweizer Kämpfer, die im Spanischen Bürgerkrieg gegen die Truppen von Francisco Franco kämpften. Ein Versuch, die Rehabilitierung auf Schweizer Mitglieder der Résistance auszuweiten, scheiterte damals jedoch. Die Begründung lautete, es würden Informationen über die Beweggründe der Kämpfer fehlen und überhaupt sei noch keine ausreichende Aufarbeitung durch die Geschichtswissenschaft erfolgt. Das hat sich längst geändert.

Der Historiker Peter Huber hat in seinem Buch «In der Résistance. Schweizer Freiwillige auf der Seite Frankreichs 1940–1945» die Biografien von 466 Schweizern, die in der Résistance kämpften, analysiert. Er stellte fest, dass die Kämpfer und Unterstützer der Résistance keine homogene Gruppe waren. Einige handelten aus Überzeugung und wurden von den Nazis dafür misshandelt. Viele aber wurden von ihren persönlichen Lebensumständen angetrieben.

Mehr als die Hälfte der Kämpfer waren ehemalige Fremdenlegionäre, die vor Kriegsbeginn im französischen Kolonialreich gedient hatten und sich später den Streitkräften des Freien Frankreich unter General de Gaulle anschlossen. Huber beschreibt in seinem Buch das Umfeld, aus dem viele dieser

In der Schweiz hatten sie nichts zu verlieren, so der Historiker, «im Kriegsdienst aber eine Welt zu gewinnen».

Männer stammten. In der Schweiz hätten sie, so Huber, nichts zu verlieren gehabt. «Im fernen Kriegsdienst» hatten sie aber «eine Welt zu gewinnen».

Aus einem solchen Milieu stammte auch Fritz Wüthrich. Nach seiner Rückkehr in die Schweiz wurde er zu sechs Monaten Haft mit einer Bewährungsfrist von drei Jahren verurteilt. Weil er weiterhin in Konflikt mit dem Gesetz kam, musste er die Strafe verbüssen.

Ein beträchtlicher Teil dieser ehemaligen Fremdenlegionäre hatte in der Schweiz häusliche Gewalt erlebt, war zwangsversorgt worden oder in Heimen aufgewachsen. Ihre Biografien waren also oft wenig geeignet für klassische Heldengeschichten. Stattdessen werfen sie ein Schlaglicht auf die sozialen Abgründe, die es in der Schweiz damals gab. Eine Thematik, die in der Parlamentsdebatte diese Woche unterging.

Eine andere Situation ergab sich im Zweiten Weltkrieg an der Schweizer Südgrenze. Als das Königreich Italien im September 1943 mit den Alliierten einen Waffenstillstand schloss, besetzten Wehrmacht und SS weite Teile Italiens und entwaffneten 800 000 Sol-

daten. Im Val d'Ossola, einer Grenzregion zwischen dem Wallis und dem Tessin, gelang es einer Koalition aus verschiedenen Partisanengruppen, die Besetzer zurückzudrängen. Sie riefen eine Republik aus, die viele Merkmale des modernen, demokratischen Italien vorwegnahm, allerdings nur rund vierzig Tage andauerte.

In der Bevölkerung beliebt

Ennet der Grenze, im Wallis und vor allem im Tessin, genossen die Partisanen weitreichende Sympathien. Sie erhielten Hilfe vom Roten Kreuz, von Schweizer Schmugglern, der Kirche und der Bevölkerung. Rund 100 Tessinerinnen und Tessiner unterstützten die Partisanen zudem aktiv. Als Informanten, Pfleger und Kämpfer. Auch einige von ihnen wurden nach dem Krieg juristisch verfolgt und sollen nun rehabilitiert werden.

Die Geschichte der Partisanenrepublik und ihre Beziehungen zur Schweiz haben die beiden Historiker Raphael Rues und Andrej Abplanalp in ihrem Buch «Kampfzone Ossola» erst kürzlich nachgezeichnet. Die beiden Historiker schildern darin, wie die Bevölkerung an der Schweizer Südgrenze Druck auf die Politik ausübte und sich durchsetzte.

Als die Partisanenrepublik im Val d'Ossola Ende Oktober unter dem Druck deutscher Truppen zusammenbrach, flohen mehr als 10 000 Personen in die Schweiz. Bereits im Juli 1944 hatte die Schweiz unter dem Eindruck der immer wahrscheinlicheren Niederlage Deutschlands ihre rigide Flüchtlingspolitik gelockert. Im September ermöglichte die Armeeführung in einer Weisung zudem die Aufnahme «einzeln fremder Wehrmänner». Die Aufnahme ganzer Partisanenverbände war nicht vorgesehen. Dass es anders kam, war dem Druck der breiten Bevölkerung und einzelner Politiker zu verdanken. Etwa dem Walliser SP-Nationalrat Karl Dellberg, dem legendären Tessiner SP-Staatsrat Guglielmo Canevascini und dem freisinnigen Gemeindepräsidenten von Locarno Giovan-Battista Rusca.

Während die Partisanen in den Grenzregionen grosse Sympathie erlebten, wurden sie im Mittelland und in den Voralpen in schlecht isolierten Baracken interniert. Sie sollten, so steht es in einem Dokument des «Territorial-Kommandos 3», die Schweiz verlassen, ohne sie richtig gesehen zu haben. Als der Krieg in Italien vorbei war, erhielten die Widerstandskämpfer unverzüglich eine Fahrkarte nach Hause.

Crans-Montana treibt Bundesbern um

Sitzungsprotokolle deuten auf Kritik am Kanton Wallis hin

MATTHIAS SANDER, LAUSANNE

Bisher unveröffentlichte Dokumente bieten einen seltenen Einblick ins Krisenmanagement des Bundes. Gestützt auf das Öffentlichkeitsprinzip hat die NZZ Protokolle zu ausserordentlichen Sitzungen von Berner Spitzenbeamten erhalten. Obwohl der Grossbrand von Crans-Montana mit 41 Toten und 115 Verletzten vor allem den Kanton Wallis betrifft, tagten die Generalsekretäre aller sieben Bundesräte allein im Januar fünf Mal zu dem Thema.

Unmittelbar nach dem Brand in der Silvesternacht waren in Bern zunächst vor allem die Bundeskanzlei und das Aussendepartement involviert – fast die Hälfte der Opfer sind Ausländer. Ein paar Tage später, am 6. Januar, traf sich erstmals die sogenannte Generalsekretären-Konferenz, das oberste Koordinationsorgan der Bundesverwaltung.

Imageschaden befürchtet

Die Spitzenbeamten diskutierten zunächst, ob es einen «politisch-strategischen Krisenstab» brauche wie während der Covid-Pandemie. Die Hürde dafür ist hoch: Es müsse eine «unmittelbare und schwere Gefahr für den Staat, die Gesellschaft oder Wirtschaft» drohen, «die in den bestehenden Strukturen nicht bewältigt werden kann», heisst es auf der Website des Bundes.

Tatsächlich wünschte sich ein Departement, das im Protokoll ungenannt bleibt, einen solchen Krisenstab. Die grosse Mehrheit jedoch plädierte für ausserordentliche Sitzungen der Generalsekretäre, die sich normalerweise nur ein Mal im Monat treffen, üblicherweise zu verschiedensten Themen. Dieser Mehrheit schloss sich auch der Bundesrat an.

Das wohl wichtigste Thema in den ausserordentlichen Sitzungen war lange die Kommunikation. Gleich in der zweiten Sitzung, am 8. Januar, betonten die Generalsekretäre als Allererstes den «möglichen internationalen Reputationsschaden». Dieser solle beim Themenbereich Kommunikation aufgeführt werden, da er «nicht zwingend im Zusammenhang eines Strafverfahrens entstehen muss».

Grund dieser Feststellung dürfte sein, dass die Kritik in den Medien sich zunächst auf die Merkwürdigkeiten im Walliser Strafverfahren konzentrierte – und dann auf das Versagen der Gemeinde Crans-Montana. Diese hatte am 6. Januar an einer denkwürdigen Medienkonferenz zugegeben, jahrelang Brandschutzkontrollen nicht durchgeführt zu haben. Rund 200 Journalisten aus aller Welt berichteten darüber.

Wie heikel auch für die Profis des Bundes die Kommunikation im Fall Crans-Montana sein kann, zeigte sich bei den Kondolenzschreiben, welche auf

Vorschlag der Spitzenbeamten an Opferfamilien verschickt wurden. Unterzeichnet waren sie von Bundespräsident Guy Parmelin und dem Walliser Regierungspräsidenten Mathias Reynard – aber angeblich nicht handschriftlich, sondern nur als digitale Kopie, wie manche Empfänger und ihre Anwälte gegenüber der NZZ kritisiert haben.

Themen-Radar erstellt

Die Kommunikation und die internationale Dimension der Katastrophe standen auch weiter im Fokus Berns. So erstellte die Bundeskanzlei, welche die ausserordentlichen Sitzungen leitete, einen Themen-Radar. Dieser sollte die öffentliche Diskussion zum Fall Crans-Montana verfolgen und antizipieren. Es gehe darum, «vermeidbare Überraschungen zu vermeiden», vermerkt das Protokoll dazu.

Das Aussendepartement wiederum beobachtete die Diskussion im Ausland, «um eine rasche Koordination zwischen den Kantonen, der Bundesverwaltung und den Schweizer Botschaften im Ausland sicherzustellen». Das war dringend nötig, als die italienische Regierung aus Unmut über die Walliser Ermittlungen Ende Januar ihren Botschafter aus Bern zurückrief – er ist bis heute nicht wieder auf seinem Posten.

Der unfreundliche Akt Roms erzeugte in Bern einigen Wirbel. Viele Passagen in den Protokollen dazu sind geschwärzt, wie auch zu anderen Aspekten, weil sie etwa die internationalen Beziehungen oder die Beziehungen zum Kanton Wallis betreffen. Zum Beispiel ist dem Protokoll deshalb nicht zu entnehmen, wen genau das Aussendepartement bat, es aufgrund der «grossen politischen und medialen Aufmerksamkeit» vorab über geplante Kommunikation zu Crans-Montana zu informieren.

Es ist naheliegend, dass es sich dabei um den Kanton Wallis handelt. Dessen Staatsschreiberin nahm regelmässig an den Sitzungen teil. In einer Sitzung informierte der Kanton erst im Nachhinein über seine Entschädigungszahlungen von 10 000 Franken pro Verletztem beziehungsweise Opferfamilie. Bern habe das Wallis um Informationen anbeteln müssen und trotzdem keine erhalten, sagte ein Insider Mitte Februar der NZZ.

Weitere Themen an den ausserordentlichen Sitzungen waren die Opferhilfe des Bundes, welche das Parlament gerade auf den Weg gebracht hat, sowie ein Rechnungsstopp der Krankenkassen für alle Opfer. Je jünger die Sitzungsprotokolle sind, desto mehr Schwärzungen enthalten sie; dies ist jedoch auch dem Umstand geschuldet, dass die betreffenden Geschäfte in vielen Fällen noch nicht abgeschlossen sind. Die Bundeskanzlei übermittelte der NZZ vorerst nur die Protokolle bis Ende Januar.

ANZEIGE

KLINIK SCHLOSS MAMMERN
FÜHRENDE REHABILITATION AM SEE

ZURÜCK IN DEN ALLTAG

In einem erstklassigen Umfeld unterstützt unser interprofessionelles Team Brustkrebs-Patientinnen und begleitet sie auf dem Weg zurück in den gewohnten Alltag.

www.klinik-schloss-mammern.ch